



**unabhängig. bürgernah. gewissenhaft**

Unabhängige Bürgergemeinschaft Lohne  
Mülhausener Straße 20  
49393 Lohne

## **Fraktion im Rat der Stadt Lohne**

Email: [info@ubg-lohne.de](mailto:info@ubg-lohne.de)  
[www.ubg-lohne.de](http://www.ubg-lohne.de)

UBG-Fraktion, Mülhausener Straße 20, 49393 Lohne

Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters  
Herrn Gert Kühling  
Vogtstraße 26  
49393 Lohne

Lohne, den 17.01.2022

### **Antrag gem. § 56 NKomVG**

**Die UBG-Fraktion stellt den Antrag, dass die Verwaltung die Rekommunalisierung der Gebäudereinigung in den städtischen Objekten zum nächstmöglichen Zeitpunkt durchführt. Auslaufende Verträge werden nicht verlängert bzw. nicht mehr ausgeschrieben.**

**Die Behandlung des Antrages soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Wirtschaftsförderung am 22.02.2022 erfolgen.**

### **Begründung:**

Zahlreiche Kommunen in Deutschland gehen im Bereich der Gebäudereinigung nach langen Jahren der Privatisierung mittlerweile immer häufiger den Weg der Rekommunalisierung. Die Gründe hierfür sind mehr als vielschichtig. Bei der Reinigung durch externe Dienstleister sind es zum einen die geringen Kontrollmöglichkeiten bei der Reinigungsqualität sowie die fehlende Prüfmöglichkeit von Sozialstandards. Durch eine Rekommunalisierung könnte die mühsame Kontrolle des Dienstleisters durch städtisches Personal entfallen.

Zum anderen können hohe Transaktionskosten wie z. B. Ausschreibungen und das umfangreiche Vertragsmanagement reduziert werden.

Häufig setzen Fremdfirmen darüber hinaus geringfügig Beschäftigte ein, die über keine sozialversicherungsrechtliche Absicherung wie Kranken-, Pflege und Arbeitslosenversicherung verfügen und zudem nur unzureichende Rentenansprüche erwerben.

Leider ist es so, dass beschäftigte Personen bei Fremdfirmen durch wiederkehrende Ausschreibungen der Gebäudereinigung, immer wieder fürchten und Angst haben müssen, die Arbeitsstelle zu verlieren oder ständig wechselnden Arbeitgebern ausgesetzt zu sein. Die Stadt Lohne sollte sich daher ihrer Verantwortung bewusst werden und wieder selber anstreben, Reinigungskräfte in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu bekommen. Darüber hinaus könnte die Stadt Lohne gegebenenfalls steuerliche Vorteile bei einer Rekommunalisierung in Anspruch nehmen, da Kommunen von einigen Steuern befreit sind.

Häufig hört man, dass eine gründliche Reinigung bei den vorgegebenen Zeiten nicht möglich ist. Die Reinigungskräfte müssen dann oft unter großem Zeitdruck eine Vielzahl von Räumlichkeiten reinigen. Die wirtschaftlichen Komponenten werden dann auf den Rücken der Reinigungskräfte ausgetragen.

Die UBG-Fraktion hat im Vorfeld dieses Antrages mit allen Hausmeistern in den Schulen in Trägerschaft der Stadt Lohne gesprochen. Diese bestätigten die vorgetragenen Argumente und bezeichneten die aktuelle Situation teilweise als „katastrophal“. Sie plädierten dafür, die Reinigungskräfte künftig wieder fest bei der Stadt Lohne anzustellen.

Auch im Landkreis Vechta gibt es Kommunen, die bei der Gebäudereinigung auf eigene Mitarbeiter setzen, so zum Beispiel die Gemeinden Goldenstedt und Steinfeld.

Ein Beispiel dafür, dass die externe Reinigung keineswegs immer finanziell günstiger, effizienter oder qualitativ besser sein muss, ist die Stadt Wilhelmshaven. Die Gebäudereinigung war hier im Zuge einer Marktstudie ein Jahr lang in Eigenregie und in privater Hand verglichen worden.

Das Ergebnis in Wilhelmshaven war eindeutig: Die Eigenreinigung ist nicht teurer, aber viel besser. Seitdem geht die Stadt Wilhelmshaven bei der Gebäudereinigung den Weg der Rekommunalisierung. Durch den Aufbau eines Qualitätsmanagements ist die Eigenreinigung sogar günstiger und besser als die Leistung privater Anbieter. Die detaillierten Beschreibungen sind unter folgendem Link im Ratsinformationssystem der Stadt Wilhelmshaven zu finden:

<https://ratsinfoservice.de/ris/wilhelmshaven/file/getfile/32519>

Sowohl die Stadt Lohne und insbesondere wir als Kommunalpolitiker haben eine gesellschaftliche und uneingeschränkte Verantwortung für faire und soziale Arbeitsverhältnisse in unseren städtischen Einrichtungen. Deshalb stellt die UBG-Fraktion den Antrag, dass die Verwaltung die Rekommunalisierung der Gebäudereinigung in den städtischen Objekten zum nächstmöglichen Zeitpunkt durchführt und auslaufende Verträge nicht verlängert bzw. nicht mehr ausgeschrieben werden.

**Moritz Ovelgönne**

Mitglied des Ausschusses für Finanzen,  
Liegenschaften und Wirtschaftsförderung

**Franziskus Pohlmann**

Fraktionsvorsitzender